Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. Geschäftstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 46. Mittwoch, den 13. Juni 1934. 83. Jahrgang.

Rußlands westliches Gesicht

Die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zu den beiden Staaten der Kleinen Entente, der Tschechoslowakei und Rumänien, ist ein neuer Erfolg der Politik des Kremls, der mit unlenkbarem Geschick an der Wiedereinschaltung Russlands in Europa arbeitet. Der entscheidende Anstoss zu dieser aussenpolitischen Neuorientierung des europäisch-asiatischen Riesenreiches kommt aus dem Osten. Russland weiss, dass es früher oder später gezwungen sein wird, um seine Stellung am Pazifischen Ozean auf Leben und Tod zu kämpfen. Wenn auch der bevölkerungspolitisch erklärliche Landhunger Japans für den Augenblick befriedigt sein mag, so ist doch der Kampf um die Vormacht im Fernen Osten noch nicht entschieden. Die Frage aber, ob Russland in diesem Kampfe die angelsächsischen Mächte an seiner Seite finden wird, kann nicht auf lange Sicht beantwortet werden. So ist die Sowjetregierung gezwungen, ihre militärischen Anstrengungen an der mandschurischen Grenze durch eine Friedens- und Sicherheitspolitik im Westen zu ergänzen. Freundschaft mit Europa, das bedeutet nicht nur eine Rückendeckung im Falle eines Krieges mit Japan, sondern auch eine Präventivmassregel im Frieden: die japanische Regierung wird um so vorsichtiger auftreten, je besser Russland an der europäischen Front gedeckt ist.

Neben den militärischen sind es auch handelspolitische Gründe, die das Sowjetreich drängen, den Anschluss an Europa wiederherzustellen. Russland kann seine Wirtschaft auf einen Ausgleich der Handelsbilanz oder auf Anleihen basieren. Eine ausgeglichene Handelsbilanz kann aber nicht die gewaltigen Summen liefern, die zur Durchführung des Industrialisierungsprogramms notwendig sind: zahlreiche Absatzmärkte sind infolge der Autarkiebestrebungen gesperrt und die meisten Staaten haben Schutzmassnahmen gegen das russische Dumping getroffen. Ausserdem wird in naher Zukunft, nämlich nach Fertigstellung der Rohrleitung aus den Petroleumgebieten von Mossul an das Mittelmeer, das russische Erdöl seinen Wert als Exportartikel zum grössten Teil verlieren. Es ist daher für die russische Handelspolitik von grösster Wichtigkeit, langfristige ausländische Anleihen zu finden. Diese Notwendigkeit verlangt ebenso wie die militärische Situation eine Politik der Verständigung mit Europa und eine starke Betonung der Friedensliebe Moskaus.

Die Neuorientierung der russischen Aussenpolitik wird durch die Entwicklung, die Westeuropa in den letzten zwei Jahren genommen hat, erleichtert und gefördert. Die Bemühungen um eine effektive Abrüstung sind als hoffnungslos erkannt worden und Frankreich erachtet die militärische Kraft Deutschlands für wiederhergestellt, ohne der britischen und italienischen Waffenhilfe im Kriegsfall sicher zu sein. Zu gleicher Zeit sind die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau abgekühlt, teils infolge der inneren Ereignisse in Deutschland, teils infolge der Angst Russlands vor einem Drang des Dritten Reiches nach dem Osten, wie er von einigen nationalsozialistischen Führern gegen den Willen der Regierung propagiert wurde. Diese Entwicklung hat der französisch-russischen Annäherung, in die jetzt auch die Kleine Entente einbezogen ist, den Boden vorbereitet. Die Aussenpolitik Barthous ist nunmehr in ihren grossen Umrissen deutlich erkennbar.

Eine Durchkreuzung der Russlandpolitik Frankreichs ist weder von italienischer noch von englischer Seite zu erwarten. Was insbesondere Italien betrifft, so erblickt es in Russland einen wachsenden Markt für Industriewaren; es hat mit Moskau besondere wirtschaftliche Abkommen getroffen, die im gegebenen Zeitpunkt vielleicht den römischen Protokollen mit Oesterreich und Ungarn koordiniert werden könnten.

Machtfragen strategischer Natur und Handelsverträge sind aber für Europa nur ein Teil des russischen Problems. Wenn das Sowjetreich als gleichberechtigter, ja bevorzugter Partner in den Völkerbund aufgenommen werden soll, sind politische und kulturelle Fragen von viel grösserer Tragweite zu bereinigen. Es gibt in allen Ländern eine offene oder versteckte kommunistische Propaganda, die in enger Anlehnung an Moskau den revolutionären Kampf gegen die Staatsgewalt lehrt und organisiert. Die Sowjetregierung hat zwar stets die Verantwortung für die Tätigkeit der Komintern und deren Büros und Agenten abgelehnt, aber der ideelle Zusammenhang dieser Stellen ist ebenso notorisch wie der materielle. Wenn dieser Zustand fortdauert, würde der Eintritt Russlands in den Völkerbund zugleich dessen endgültige Sprengung bedeuten.

Aber alle diese Fragen stehen gegenwärtig noch nicht im Vordergrund, das Bedürfnis den Sicherheitsfaktor in Europa zu verstärken, hat sie zurückgedrängt. Man hat in der letzten Zeit nicht ganz wichtige Parallelen zu dem französisch-russischen Vorkriegsbündnis gezogen, wobei man aber heute übersieht, dass die gegenwärtige Konstellation einen ausgesprochenen defensiven Charakter hat. Das Bedürfnis nach militärischen Abenteuern ist wohl nirgendwo in dem Masse vorhanden, das es erlaubte eine revisionistische gegen die antirevisionistische Gruppierung auszuspielen.

Garantieabkommen Rußland – Kleine Entente

Annäherung und dauernde Freundschaft

Bukarest. Ausser dem bereits bekannten zwischen dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Litwinow, und dem rumänischen Aussenminister Titulescu, stattgefundenen Briefwechsel, in dem der Beschluss ihrer Regierungen mitgeteilt wurde, normale diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederherzustellen und Gesandte zu ernennen, veröffentlicht die Presse den Text eines zweiten zwischen den Ministern Titulescu und Litwinow ausgetauschten Schreibens, in welchem es u. a. heisst:

Damit die heute hergestellten diplomatischen Beziehungen sich normal im Sinne einer immer grösseren Annäherung sowie wirklicher und dauerhafter Freundschaft entwickeln können, beehre ich mich, folgendes Abkommen zu bestätigen: Die Regierungen unserer beiden Länder gewährleisten sich gegenseitig voll und ganz die Achtung der gegenseitigen Souveränität, die Enthaltung von jeder unmittelbaren und mittelbaren Einmischung in die inneren Angelegenheiten und die Entwicklung unserer Staaten, vor allem jeder Agitation und jeder Propaganda, sowie jedweder Intervention und deren Unterstützung. Sie verpflichten sich überdies, innerhalb ihrer Gebiete keine Organisationen zu gründen, zu unterhalten oder zuzulassen, die den Zweck verfolgen, einen bewaffneten Kampf gegen den anderen Staat zu entfalten oder mit Gewalt das politische oder soziale Regime anzugreifen, zu Terrorakten aufzureizen oder solche Akte gegen die offiziellen Vertreter der Länder vorzubereiten. Ein gleiches gilt von Organisationen, die sich als Regierung des anderen Staates oder eines Teiles seines Gebietes ausgeben. Ebenso verpflichten sie sich zu verbieten: die Rekrutierung, den Einmarsch in ihr Gebiet oder auch die Durchfuhr von bewaffneten Streitkräften, Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenständen und jeglicher Art von Kriegsmaterial, das für solche Organisationen bestimmt ist.

Schreiben gleichen Inhaltes wurden auch zwischen dem tschechoslowakischen Aussenminister Dr. Benesch und dem Volkskommissar Litwinow ausgetauscht.

Russland und die Kleine Entente.

Prag. Amtlich wird mitgeteilt: In Genf haben der Volkskommissar Litwinow und Aussenminister Dr. Benes gleichlautende Schriftstücke ausgetauscht, durch welche normale diplomatische Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken eingeführt werden. Schriftstücke gleichen Wortlautes hat mit Herrn Litwinow auch Aussenminister Titulescu ausgetauscht, wodurch die diplomatischen Beziehungen auch zwischen Sowjetrussland und Rumänien angeknüpft wurden. Die jugoslawische Regierung wird über ihr Vorgehen nach dem Referat des Aussenministers Jeftic nach der Rückkehr von seiner Reise nach Paris, ihre Entscheidung treffen. Der Austausch dieser Dokumente erfolgte nach mehrtägigen Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen mit Sowjetrussland aller Mitglieder des Ständigen Rates der Kleinen Entente mit Volkskommissar Litwinow nach einmütigem Beschluss des Ständigen Rates und auf Grund der Entscheidung der zuständigen Regierungen. In den heute veröffentlichten Dokumenten wird gleichzeitig die gegenseitige Erneunung von Gesandten angekündigt.

Oesterreichs schwere Zeit

Der Kampf mit dem politischen Irrsinn

Die im Aufruf der österreichischen Bundesregierung angekündigte Erweiterung der Standgerichtsverordnung für Sprengstoffdelikte wurde in Kraft gesetzt. In die Gerichtsbarkeit der Standgerichte fallen nunmehr auch die Verabredung von Sprengstoffanschlägen, weiter die Verbindung zu Attentaten, die Besorgung von Sprengstoffen, die für Attentate Verwendung finden sollen, die Herstellung solcher Sprengmittel und schliesslich auch die Aufbewahrung von Sprengmitteln, die für Attentate bereitgehalen werden. Durch die neue Sandgerichtsverordnung wurden auch für die Oberlandesgerichtssprengel in Graz und Innsbruck Standgerichte eingesetzt.

Alle Anzeichen sprechen dafür, dass die Verhaftung des Studenten Alois Weinmann, der in seiner Wohnung in der Sobieskigasse mit zwei anderen Personen festgenommen wurde, auf die Spur der Wiener nationalsozialistischen Terrororganisation führen wird. Weinmann soll jener Mann sein, der die Bombe in das Bundeskanzleramt eingeschmuggelt hat. Die Bombe wurde in einem neuen Schreibtisch gelegt, der im Zimmer des Vizekanzlers Starhemberg zur Aufstellung gelangen sollte. Zufälligerweise blieb jedoch der Schreibtisch am Korridor stehen und die Bombe wurde entdeckt. In der Wohnung des verhafteten Studenten fand man 26 kg Ekrasit und zahlreiche andere Sprengstoffe. Weiters wurden zahlreiche Pläne von Bahn- und Elektrizitätswerkanlagen beschlagnahmt, auf welche in der nächsten Zeit Anschläge verübt werden sollten. Die Polizei hat bisher 14 Verhaftungen vorgenommen und glaubt auf Grund des vorgefundenen Materials noch weitere Verhaftungen vornehmen und somit die Wiener Zentrale der terroristischen Anschläge gänzlich lahmlegen zu können.

In Wien wird amtlich verlautet:

In der richtigen Erkenntnis, dass der Fremdenverkehr für unser Land eine grosse Bedeutung besitzt, hat die deutsche Regierung im vergangenen Jahre die Tausendmarksperre gegen Oesterreich errichtet. Unsere Gegenmassnahmen konnten den dadurch angerichteten Schaden in der kurzen Zeit nicht zur Gänze gutmachen; wohl aber haben die Bemühungen der österreichischen Regierung ein sehr erfreuliches Ansteigen des Fremdenverkehrs aus anderen Ländern bewirkt. Dieser Fremdenverkehr bewegt sich in aufsteigender Linie und nach den vorhandenen Anmeldungen und Nachfragen aus dem Ausland stand zu erwarten, dass der Fremdenverkehr im Jahre 1934 den vorjährigen ganz bedeutend übertreffen werde.

Nun hat aber in den letzten Tagen neuerdings eine planmässige Terroraktion durch Sprengstoffanschläge auch auf verschiedenen Strecken unserer Bundesbahnen eingesetzt, die offensichtlich den Zweck verfolgt, nicht nur unsere eigenen Mitbürger vom Reisen abzuhalten, sondern vor allem die Fremden vom Besuch unseres Landes abzuschrecken. Die Planmässigkeit des Vorgehens weist klar darauf hin, dass die Befehle von einer einheitlichen Stelle ausgehen, und wir wissen aus mehreren Fällen, dass diese einheitliche Befehlsstelle ihren Sitz in Deutschland hat. Es ist tief traurig, dass unter uns Mitbürger sind, die nicht vor schwersten Verbrechen zurückschrecken, wenn sie ihnen anbefohlen werden, um im eigenen Land den grössten wirtschaftlichen Schaden anzurichten. Von der Ordnung und Ruhe ist ja das Gedeihen des Wirtschaftslebens abhängig.

Wer Arbeit und Brot nicht verlieren will, muss im eigenen Interesse werktätig mithelfen, um diesen Verbrechen ein rasches Ende zu bereiten.

Die Bundesregierung wird daher in jeder Gemeinde eine freiwillige Ortswehr errichten lassen, die sich den Befehlsorganen der öffentlichen Sicherheit unterstellt und deren Aufgabe es ist, gegen die Verbrecher vorzugehen und an der Aufdeckung vorbereitender Handlungen, an der Aufdeckung von Waffen- und Sprengmittelvorräten mitzuarbeiten und bei der Aufklärung erfolgter verbrecherischer Anschläge mitzuhelfen. Die näheren Weisungen der Bundesregierung werden rasch folgen.

Soweit die Mitglieder dieser Ortswehren sich bei ihren Handlungen in jenen Grenzen bewegen, deren Einhaltung ihnen zugemutet werden kann, werden sie bei unbeabsichtigten Verstössen gegen Vorschriften, die für einen wohlausgebildeten und geschulten Sicherheitskörper aufgestellt sind, behördliche Verfolgung nicht zu befürchten haben. Die Mitglieder dieser freiwilligen Ortswehren und ihre Angehörigen fallen unter die Bestimmungen, die für die Sicherheitsorgane gelten.

Es wurden auch von der Bundesregierung die Belohnungen für Anzeigen die zur Aufdekkung von Verbrechern führen, erhöht; es erfolgt darüber eine Kundmachung.

Die Bundesregierung ist entschlossen, die Oeffentlichkeit über alles was sich etwa noch ereignen sollte, sofort und rückhaltlos aufzuklären. Es erscheinen in kürzester Frist gesetzliche Vorschriften, die die Möglichkeit bieten, dem neuartigen Verbrechertum mit strengster Bestrafung, insbesondere auch durch Anwendung der Todesstrafe, rasch und entschieden entgegenzutreten. Von dieser Möglichkeit wird unerbittlich Gebrauch gemacht werden. Es werden auch alle Mittel der öffentlichen Sicherheit eingesetzt und die Sicherheitsorgane von anderen Aufgaben möglichst entlastet werden.

Die Regierung ist überzeugt, dass die Bevölkerung den Ernst der Lage und die Tragweite der erlebten Anschläge, die sich so verhängnisvoll gegen alle Erwerbstätigen auswirken, ermisst und entschlossen ist, die Gerichte und die Sicherheitsbehörden mit aller Macht zu unterstützen. Diese Mitwirkung des Volkes ist dringend geboten, damit auch die Fremden in unserem Lande unsere Entschlossenheit und Macht erkennen und sich wie bisher bei uns geborgen fühlen.

Weiterer Rückgang der Markdeckung.

Berlin. In der ersten Juniwoche ist nach dem Reichsbankausweis eine Verringerung der gesamten Kapitalsanlage (in Millionen Reichsmark) um 108,6 eingetreten, damit ist rund ein Drittel der Inanspruchnahme zum Ultimo wieder abgedeckt. Diese Bewegung ist normal. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich weiter um 15,3 auf 120,6 vermindert. In der Berichtswoche waren Zinsen auf die Dawesanleihe bereitzustellen. Der Goldbestand ging um 19 auf 11,1 zurück, der Bestand an deckungsfähigen Devisen stieg um 3,7 auf 9,4. Das Deckungsverhältnis beträgt jetzt noch 3,4 Prozent gegen 3,7 Prozent Ultimo Mai. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf beträgt 5442 gegen 6492 zur gleichen Zeit des Vormonats und 5369 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Chadshi Murat

Roman aus den Kämpfen im Kaukasus
von Leo N. Tolstoi.

(56. Fortsetzung)

Seitdem hatte Chadshi Murat weder Gattin noch Mutter noch Sohn gesehen.

Und diesem Sohne wollte Schamyl die Augen ausstechen lassen! Was man aber mit seinem Weibe anstellen würde, mochte Chadshi Murat nicht einmal zu denken!

Diese Erinnerungen erregten Chadshi Murat derart, dass er nicht länger sitzen konnte. Er sprang auf, ging hinkend, schnell zur Tür, öffnete sie und rief Eldar. Die Sonne war noch nicht aufgegangen; es war aber schon ganz hell und die Nachtigallen sangen immerfort.

„Geh hin, melde dem Kommissar, dass ich ausreiten möchte, und sattle die Pferde!" sagte er.

24.

Butlers einziger Trost während dieser ganzen Zeit war die Poesie des Krieges, die er nicht nur im Dienst, sondern auch in seinem Privatleben voll auskostete. Angetan mit seinem Tscherkessenkostüm, tummelte er sich zu Ross und zog mit Bogdanowitsch zweimal auf Abenteuer aus, legte sich in den Hinterhalt, überraschte und tötete aber niemanden. Diese nahe Bekanntschaft und Freundschaft mit dem gerühmten Helden Bogdanowitsch hatte in seinen Augen etwas besonders Angenehmes und Erhebendes. Die Schulden waren bezahlt. Das Geld hatte ihm ein jüdischer Händler zu hohen Zinsen vorgestreckt, so dass die Verpflichtung blieb und die unangenehme Lage nur hinausgeschoben war. Er bemühte sich, nicht daran zu denken und suchte Vergessenheit nicht nur in der Poesie des Krieges, sondern auch im Wein. Butler trank mehr und mehr und sank moralisch immer tiefer. Marja Dmitrijewna gegenüber spielte er jetzt schon nicht mehr den keuschen Josef, sondern stellte ihr in ziemlich roher Weise nach, traf aber auf entschiedenen Widerstand, der ihn erstaunte und beschämte.

Ende April traf in der Festung die Abteilung ein, die von Barjatinsky für einen neuen Feldzug gegen den noch unzugänglichen Teil des Tschetschenzenlandes bestimmt war. Darunter waren zwei Rotten des Kabardienerregimentes, die nach dem im Kaukasus üblichen Herkommen von den Kuriner Rotten als Gäste aufgenommen wurden. Die Gemeinen wurden auf die Kasernen verteilt und nicht nur mit einem Abendessen, bestehend aus Rindfleisch und Grütze, sondern auch mit Schnaps traktiert, während die Offiziere von ihren Kameraden aufgenommen wurden. Das Ende war ein allgemeines Zechgelage mit Tanz und Gesang, bei dem der Major in seiner Trunkenheit schon nicht mehr rot, sondern blassgrau auf einem Stuhl reitend, mit dem Säbel nach eingebildeten Feinden hieb, bald schimpfte, bald lachte, andere umarmte und nach der Melodie seines Lieblingsliedes: „Schamyl war ein grosser Mann, wollte rebellieren; trarira—rattata, wollte rebellieren" einen Tanz aufführte. Butler war ebenfalls zugegen und bemühte sich, auch hierin die Poesie des Krieges zu entdecken. Im Grunde seines Herzens aber tat der Major ihm leid, doch war keine Möglichkeit ihn zurückzuhalten. Auch Butler spürte einen Rausch im Kopf, stand heimlich auf und ging nach Hause.

Der Vollmond warf sein Licht auf die weissen Häuschen und auf das Pflaster. Es war so hell, dass jedes Steinchen, jeder Halm und Mist deutlich zu erkennen waren. Als Butler sich dem Hause näherte, traf er Marja Dmitrijewna, die ein Tuch trug, das ihren Kopf und Hals verhüllte. Nach der Absage, die sie ihm erteilt hatte, fühlte Butler sich beschämt und ging ihr meistens aus dem Wege. Jetzt aber, im Mondschein, nach dem genossenen Wein, freute Butler sich über die Begegnung und wollte Marja Dmitrijewna aufs neue umwerben.

„Wohin gehen Sie?" fragte er.

„Ich will mal nach meinem Alten sehen," erwiderte sie freundlich. Die entschiedene Abweisung, die sie Butler erteilt hatte, war durchaus aufrichtig gewesen; es berührte sie aber unangenehm, dass er ihr in letzter Zeit gänzlich aus dem Wege ging.

„Wozu nach ihm sehen? Er wird schon kommen."

„Wenn er nur käme!"

„Und wenn nicht — wird man ihn bringen."

„Das ist doch aber nicht hübsch. Also Sie meinen, ich soll nicht gehen?" fragte Marja Dmitrijewna.

„Nein, gehen Sie nicht, kommen Sie lieber mit nach Hause."

Marja Dmitrijewna machte kehrt und schritt neben Butler her. Der Mond schien so hell, dass um ihren Schatten, der auf dem Wege nebenher lief, ein feines Leuchten flimmerte. Das sah am Kopf aus, wie ein Strahlenkranz. Butler bemerkte es und wollte ihr sagen, dass sie ihm immer noch so gefiele wie früher. Er fand aber keine Worte. Sie wartete, was er sagen würde. So waren sie schweigend schon ganz nahe am Hause angelangt, als um die Strassenecke ein paar Berittene kamen. Es war ein Offizier mit einer Kosakenabteilung.

(Fortsetzung folgt!)

Eine Angelegenheit der gesamten Christenheit

Deutsche Christen gegen christliche Kirche

In der in London tagenden anglikanischen Kirchensynode hat der Bischof von Chichester unter grossem Beifall und der erklärten Zustimmung des Erzbischofs von Cantenbury eine Entschliessung eingebracht, in der von einer „steigenden Beunruhigung“ gesprochen wird, die in der anglikanischen Kirche wegen der kirchenpolitischen Vorgänge in Deutschland Platz greift. Die Kirche von England erblickt in den jetzigen Kämpfen innerhalb der evangelischen Kirche Deutschlands nicht einen blossen Streit um die Organisation, sondern einen Kampf von grundsätzlicher Bedeutung, der die gesamte Christenheit angehe. In der Begründung seiner Tagesordnung führte der Bischof von Chichester aus, in Deutschland vollziehe sich ein Kampf zwischen Christentum und Heidentum. Unterliege die tapfere Opposition innerhalb der deutschen evangelischen Kirche, so wäre dies eine Niederlage, welche die gesamte Christenheit mitempfinden müsse.

Die Aussicht auf eine Einigung in der Deutschen Evangelischen Kirche schwindet zusehends. Nachdem schon, die von registrierten Entschliessungen der Freien Synode Berlin-Brandenburg in den Kreisen der Deutschen Christen sehr unliebsames Aufsehen erregt hatten, hat sich die Stimmung gegen die bekenntnistreuen Protestanten, nach Bekanntwerden der Beschlüsse der Barmer Bekenntnissynode noch in ganz besonderer Weise verschärft. Man anerkennt zwar, dass die Sprache der Barmer Entschliessung gemässigter ist, als die der Berliner Synode, aber der Inhalt der sogenannten sechs Glaubensätze, in denen die Reichskirche und die Deutschen Christen ganz offen und freimütig der Irrlehre beschuldigt werden, hat eine Empörung hervorgerufen, die einen sofortigen Gegenzug verlange. Die Ablehnung jedes Einflusses der jeweils herrschenden weltanschaulichen und der politischen Ueberzeugung auf die Kirche, die Ablehnung des Führerprinzips in der Kirche und der Grundsatz, dass die Evangelische Kirche nur eine Totalität in Gott anerkennen könne, lasse, so betont man in Kreisen der Reichskirchenleitung, jede Aussicht auf eine schliessliche Einigung verschwinden, und wenn sich die Barmer Entschliessung im letzten Satz gegen die menschliche Selbstherrlichkeit in der Kirche wendet und es ablehnt das Wort Gottes in den Dienst eigener Wünsche, Zwecke und Ziele zu stellen, so müsse darin einfach eine persönliche Verunglimpflung der führenden Männer der Reichskirche und der Deutschen Christen erblickt werden. Man erwartet nicht, dass die Führertagung, die demnächst in Berlin die massgebenden Köpfe der bekenntnistreuen Opposition versammeln soll, zu einer anderen Auffassung der Lage kommt und verlangt deshalb sofortiges Eingreifen, schon aus der Befürchtung heraus, dass die Gegner der Reichskirche, deren Reihen ohnedies von Woche zu Woche stärker zu werden scheinen, trotz aller Eingliederungen der einzelnen Landeskirchen schliesslich die Majorität haben, wenn man sie gewähren lässt. Die Vertreter der schärfsten Richtung innerhalb der Reichskirche verlangen deshalb sofortige Massregelung nicht nur der Führer der bekenntnistreuen Opposition, sondern auch ihrer Anhänger. Sie verlangen, dass man diese nicht nur beurlaube, sondern, wo das möglich ist, die sofortige Dienstentlassung ausspricht, und zwar ohne alle Bezüge. Gegen Feinde der Regierung und des Staates (welche Begriffsverwirrung), müsse mit aller Schärfe vorgegangen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass nunmehr auch die Verfassungsvorschläge der Reichskirche, die einer Nationalsynode unterbreitet werden sollten, zurückgestellt werden, weil man behauptet, keine Einigung auf friedlichen Wege mehr erwarten zu können.

„Positives Christentum“.

Berlin. Nach einem Bericht des „Solinger Tageblattes“ sagte der zum Vertreter des Reichsjugendführers ernannte Obergebietsführer Hartmann-Lauterbach in einer Ansprache: „Es gibt neben dem Fels Christi auch einen Fels, der Adolf Hitler heisst. Wir müssen es erproben, wer stärker ist. Auf dem einen hocken, wenn es darauf ankommt, die ollen Weiber und vor dem anderen steht die junge Generation.“

Die übernationale Sendung der Kirche.

Berlin. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ hat der Bischof von Rottenberg, Sproll, in einer Predigt vor 20 000 Wallfahrern im Rahmen einer Bonifiziusfeier gesagt: „Verliert die Sonne etwas von ihrem Glanze, wenn sie nicht nur Weisse, sondern auch Schwarze, nicht nur Deutsche, sondern auch Franzosen bescheint? Wie die Sonne, so soll auch die Kirche Gottes übernational sein. Was der Heiland weltweit gewollt hat, dürfen die Menschen nicht verändern. Man hat aus Unkenntnis der Verhältnisse manchmal den Vorwurf erhoben, dass die deutschen Bischöfe schlafende Wächter seien. Wir sind auf der Wacht! Furchtlos wollen wir Bischöfe sein, wollen das ganze Evangelium verkünden, das Alte und das Neue Testament, ohne Abstriche und ohne Kompromisse. Die Welt wartet, dass die katholischen Männer furchtlose Streiter seien. Manchmal mag das ein wahres Heldentum sein.“

Todesstrafe für Landesflucht in Russland.

Moskau. Die Blätter veröffentlichen ein Dekret des Zentralvollzugsausschusses, das drakonische Strafen gegen das Ueberläufertum und die Landesflucht vorsieht. Die unmittelbar Schuldigen werden danach mit dem Tode bestraft. Aber auch die Verwandten des Flüchtlings sollen der Staatsbürgerschaft beraubt und auf fünf Jahre nach Sibirien verbannt werden. Nichtanzeige der Landesflucht wird bei Militärpersonen mit zehn Jahren Gefänfnis und bei Zivilisten mit fünf bis zehn Jahren Gefängnis geahndet. Dieses Gesetz ist durch die in der letzten Zeit vorgekommenen Fälle von Landesflucht auf dem Luftwege in die Mandschurei und nach Lettland veranlasst worden.

Panter erneut ausgewiesen.

London. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ Noel Panter, der in München am 24 Oktober v. Js. verhaftet worden war, besuchte am Sonnabend Deutschland, wurde aber wenige Stunden nach seiner Ankunft ausgewiesen. Panter, der sich auf eine nach seiner Freilassung von Sir John Simon im Unterhaus abgegebenen Erklärung verliess, wonach es ihm freistünde, nach Deutschland zurückzukesren, begab sich über Auftrag des „Daily Telegraph“ nach Berlin, wo er seine Ankonft dem britischen Botschafter meldete. Später veröffentlichte der nationalsozialistische Chef der Abteilung für die Auslandspresse Hanfstängl eine Erklärung, in der Panter und Pembroke Stephen, der Korrespondent des „Daily Express“, beschuldigt werden, Militärspione zu sein. Daraufhin trat Panter die Rückreise nach England an. Als der Zug in Hannover ankam, trat ein Polizist in das Abteil Panters, trug in dessen Reisepass die Ausweisung aus dem Deutschen Reich mit dem Datum Hannover, 10. Juni 1934 ein und befahl sodann Panter, den Zug vor der Grenze ja nicht zu verlassen.

Gottesdienstordnung!

Katholische Gemeinde.

Freitag, den 15. Juni, um 8 Uhr: hl. Messe zu Ehren der hl. Teresia vom Kinde Jesu auf besondere Meinung.

Sonntag, den 17. Juni, um 6.30 Uhr: stille hl. Messe; 7,30 Uhr: polnisches Amt mit Segen und Predigt; 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt für verstorb. Johannes Hannussek und Sohn Hans; 10.30 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.

Aus Pleß und Umgegend

75. Geburtstag. Frau Kaufmann Emma Kalus **begeht heute, Mittwoch, den 13. Juni, ihren 75. Geburtstag. Den vielen Gratulanten des Tages schliessen auch wir uns in alter Freundschaft an.**

Ausflug der Evangelischen Frauenhilfe Pless. Die Mitglieder werden nochmals auf den heute, Mittwoch, stattfindenden Ausflug nach Bethesda in Bad Goczalkowitz, aufmerksam gemacht. Die Teilnehmer versammeln sich bei „Dein Wille geschehe“ oder fahren mit dem Zuge 14.22 Uhr ab Pless. Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.

Bezirksvereinigung Pless des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien. Am Sonntag, den 17. Juni 1934, 15 Uhr (nachm. 3 Uhr), findet in Pless im Saale des Hotels „Plesser Hof“ die satzungsgemässe Mitgliederversammlung statt, zu welcher alle Mitglieder eingeladen werden. Es wird gebeten die Mitgliedsausweise mitzubringen. Die Bezirksvereinigung bittet ferner, soweit die Mitgliedsausweise für 1934 noch nicht abgeholt worden sind, dies alsbald nachholen zu wollen.

Generalversammlung des Plesser Gesangvereins. Die am Dienstag, den 12. d. Mts., abgehaltene Generalversammlung des Gesangvereins war gut besucht. Nach der Begrüssung durch den Vorsitzenden, Bürodirektor a. D. Paliczka, wurde der Geschäftsbericht des abgelaufenen Jahres verlesen. Es wurden erfreuliche und anerkennenswürdige Anstrengungen unternommen, um dem Chorgesange wieder die ihm gebührende Anerkennung zu erwerben und die werbende Idee auch in die Oeffentlichkeit zu tragen, wie es der gelungene Liederabend am Fronleichnamstage beweist. Eine Weihnachtsveranstaltung hat nicht nur dem Anlass entsprechend den Abend geweiht, sondern war auch ein Ausdruck der dienenden Liebe im Dienste des deutschen Liedes. Der Geschäftsbericht wurde mit Dank zur Kenntnis genommen, ebenso wie auch der Kassenbericht genehmigt und entlastet wurde. Im Namen der Vereinsmitglieder dankte Geometer Graefe dem Vorstande für seine Mühewaltung und leitete die Wahl des 1. Vorsitzenden, die durch Zuruf die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden, Bürodirektor Paliczka, ergab. Ferner wurden durch Zuruf gewählt: zum 2. Vorsitzenden Magister Dr. Sornik, zum 1. Schriftführer Buchhalter Melzer, zum 2. Schriftführer Magister Frisch, zum Kassierer Fräulein Nocon und zu Beisitzern Frau Mathys und Amtmann Anders. Nach einer Aussprache über die geplante Vereinstätigkeit wurde die Sitzung geschlossen. Ein anschliessendes gemütliches Beisammensein vereinte die Versammlungsteilnehmer bis zur Sperrstunde.

Wir werden rückständig. Zu den vielen Klagen, die jetzt über die Postbeförderung von Pless aus laut werden, ist noch hinzuzufügen, dass seit Inkrafttreten des neuen Fahrplanes eine erhebliche Unregelmässigkeit der einlaufenden Post eingetreten ist. Zeitungen insbesondere, deren Eintreffen früher mit dem Morgenzuge gesichert war, sind oft jetzt noch nicht am Nachmittag eingegangen und kommen nicht selten mit eintäglicher Verspätung an. Das Gleiche trifft auch auf die Briefpost zu. Die zuständigen Stellen werden sich um die Abstellung der Unzuträglichkeiten ein Verdienst erwerben.

Evangelische Gemeinde.

Sonntag, den 17. Juni, um 8 Uhr: deutscher Gottesdienst; 9,30 Uhr: polnische Abendmahlfeier; 10,30 Uhr: polnischer Gottesdienst.

Jüdische Gemeinde.

Mittwoch und Donnerstag, den 13. und 14 Juni Rosch-Chodesch, Tamus 5694.

Freitag, den 15. Juni, 19,30 Uhr: Andacht.

Sabbath, den 16. Juni, 10 Uhr: Hauptandacht, Wochenschnitt, Korach; 16 Uhr: Mincha im Gemeindehause: 20,55 Uhr: Sabbathausgang.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pleß, Sp. z ogr. odp.“, Pszczyna, ul. Piastowska 1